

Montag, 6. September 2021

Nachfolgend die halbmonatliche **Medienübersicht und Legislativvorschau** des Verbandes kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) mit aktuellen Nachrichten aus europäischer Politik und Gesetzgebung. In dieser Ausgabe werden folgende Themenbereiche behandelt:

[Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt](#)

[Soziales, Bildung und Beschäftigung](#)

[Gesundheit](#)

[Krisenvorsorge und Risikobewusstsein](#)

[Energie](#)

[Umwelt und Verkehr](#)

Ebenso finden sie hier die neuesten **News aus unseren Dachverbänden**:

[Internationale Dachverbände des VÖWG](#)

Viel Spaß bei der Lektüre!

Die Schlagzeile der Woche

Tätigkeitsbericht 2020 AK Österreich

Als Sozialpartner muss die Bundesarbeiterkammer Rahmenbedingungen für eine Vielzahl von Maßnahmen und Verordnungen im Interesse aller Arbeitnehmer*innen schaffen. Um von der Krise Betroffene möglichst einfach und fundiert zum Thema Corona zu informieren, hat die AK gemeinsam mit dem ÖGB die Plattform „Job und Corona“ ins Leben gerufen. Gemeinsam konnten die Sozialpartner ein Homeoffice-Paket sowie einen Generalkollektivvertrag zum Testen in der Arbeit ausverhandeln. Die Arbeit und das Erreichte der Bundesarbeiterkammer 2020 in einer kurzen Übersicht:

- Kurzarbeit statt Kündigung
- AK unterstützt in der Krise
- Mehr Geld für Arbeitsuchende
- Rechtsanspruch für Corona-bedingte Betreuung
- Online-Kampagne für einen globalen Mindeststeuersatz
- Neues Homeoffice Gesetz
- Mehr Schutz vor Hass im Netz
- AK Chancenindex
- Studie „Wie heizt Österreich“
- Digitale Vignette: Erleichterung bei Bagatell-Vergehen
- Verbesserung für Studierende
- Absage an das EU-Mercosur-Abkommen
- Auszeit im Ausnahmezustand
- Teilausgleich der kalten Progression
- EU-weite Lieferkettenkampagne
- Initiierung eines Energie- und Klimahilfsfonds
- Kautionsverbot bei neuen SMART-Wohnungen
- Keine Steuernachteile durch Corona
- Mietstundungen April - Juni 2020
- „Fachkräftestipendium“ verlängert

Der detaillierte Tätigkeitsbericht mit allen Fakten, Zahlen und Grafiken finden sie unter diesem [LINK!](#)

[VIDEO: <https://www.youtube.com/watch?v=Ao1CeppM2OM>]

Montag, 6. September 2021

Zeit für moderne Fiskalregeln

„Gerade jetzt während der Pandemie braucht es umso mehr nachhaltige Investitionen, um die Wirtschaft wiederaufzubauen, das Gesundheitssystem zu erhalten und der Klimakrise mit starken Maßnahmen entschieden entgegenzuwirken“, sagt der Wiener Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke.

Im Rahmen der Finanzkrise von 2008 wurden diese erweitert und zusätzlich mit Sanktionsklauseln belegt. So darf die Neuverschuldung eines Landes pro Jahr nicht über 3% des Bruttoinlandsproduktes liegen – dieses Kriterium erfüllen derzeit nur Bulgarien, Dänemark und Schweden. Zudem darf die Gesamtverschuldung nicht höher als 60% des Bruttoinlandsprodukts sein, was derzeit in Österreich, aber auch in Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Portugal und Finnland nicht der Fall ist. Aufgrund der Corona-Pandemie sind die Fiskalregeln nur vorübergehend bis Ende 2022 ausgesetzt. In einer [gemeinsamen Pressekonferenz](#) plädieren nun der Wiener Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Peter Hanke sowie Professor Dr. Achim Truger, Mitglied des Deutschen Wirtschaftsweisenrats und dem Vienna Economic Councils, dafür diese Zeit jetzt zu nutzen, um eine Diskussion für moderne Fiskalregeln zur Stärkung der europäischen Wirtschaft zu führen.

Professor Dr. Achim Truger ist überzeugt, *“dass mit einem Konstrukt wie dem bisherigen Fiskalpakt, den nur mehr ein kleiner Teil der Mitgliedsstaaten als lebbar erachtet, die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft nicht gestemmt werden können.“*

Internationale Dachverbände des VKÖ

VKU: Nahverkehr braucht fast 50 Milliarden Euro zusätzlich

Die Nahverkehrsunternehmen in Deutschland brauchen bis 2030 mehr als 48 Milliarden Euro zusätzliche Mittel, um ihre Klimaziele zu erreichen. Das berichtet der "[Spiegel](#)" unter Berufung auf ein Gutachten der Unternehmensberatung Roland Berger für den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Dieses Geld sei nötig, "um deutlich mehr ÖPNV-Angebot, unter anderem mehr Personal, Fahrzeuge und neue Konzepte, bundesweit zu finanzieren", erklärte Lars Wagner, Sprecher vom VDV. Die Zahlen gehen aus einem Gutachten hervor, das Anfang kommender Woche veröffentlicht werden soll. Um die von der Bundesregierung vorgegebene Senkung des CO₂-Ausstoßes zu schaffen, müsse dem Papier zufolge das Angebot an Bus- und Bahnverkehren in den Städten und auf dem Land um ein Viertel ausgebaut werden. Aus dem Bericht der [Hauptgeschäftsstelle](#) vom 2021 lassen sich die ersten Zahlen und Prognosen erkennen.

Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt

Mechanismen für die Integration von ESG-Faktoren in das EU-Bankensystem

Die abschließende [Studie zur Entwicklung von Instrumenten und Mechanismen für die Integration von ESG-Faktoren in die EU-Bankenaufsicht sowie in die Geschäftsstrategien und die Anlagepolitik von Banken](#), die im Auftrag der [Europäischen Kommission](#) durchgeführt wurde, untersucht die Integration von ESG-Faktoren in die Risikomanagementprozesse, die Geschäftsstrategien und die Anlagepolitik von Banken sowie in die Aufsichtsbehörden.

Sie bietet einen umfassenden Überblick über aktuelle Praktiken und identifiziert eine Reihe von Best Practices für die Integration von ESG-Risiken in die Risikomanagementprozesse von Banken und in die Aufsichtsbehörden. Sie skizziert Herausforderungen und begünstigende Faktoren im Zusammenhang mit der Entwicklung eines gut funktionierenden EU-Marktes für grüne Finanzen und nachhaltige Investitionen.

Die Studie basiert auf der Sammlung und Aggregation von Informationen einer Vielzahl repräsentativer Stakeholder, um ein vollständiges Spektrum von Ansichten widerzuspiegeln. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die ESG-Integration in einem frühen Stadium befindet und das Tempo der Umsetzung beschleunigt werden muss, um eine effektive ESG-Integration in das Risikomanagement und die Geschäftsstrategien der Banken sowie in die Aufsicht zu erreichen.

[Executive Summary](#)

Montag, 6. September 2021

EP: Ausblick auf die zweite Jahreshälfte 2021

Nach der Sommerpause wird sich das Parlament mit vielen wichtigen Themen befassen, darunter Klimaschutz, öffentliche Gesundheit und digitale Dienste. Den Auftakt nach der Sommerpause im Europäischen Parlament machen die Abgeordneten mit der Debatte über die Lage der Europäischen Union, während der sie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen über die Arbeit der Kommission im vergangenen Jahr und die wichtigsten Schwerpunkte und Herausforderungen für die kommenden zwölf Monate befragen werden. Die Debatte findet am 15. September in Straßburg statt.

Die Schwerpunkte finden Sie [HIER](#).

Mehr Mitspracherecht für Regionen und Sozialpartner

Der Exekutiv Ausschuss änderte die Geschäftsordnung und fügte dem Konferenzplenum sechs gewählte Vertreter der regionalen und sechs der lokalen Behörden hinzu. Außerdem einigte er sich darauf, die Zahl der Vertreter der Sozialpartner um vier auf insgesamt zwölf zu erhöhen.

Darüber hinaus tauschte sich der Verwaltungsrat über den vom Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission gemeinsam entwickelten Kommunikationsplan aus. Alle drei Institutionen werden sich bemühen, ihre Aktivitäten weiterhin zu koordinieren, um [die Beteiligung der Öffentlichkeit](#) an der mehrsprachigen digitalen Plattform zu fördern, und sie werden andere Gremien, insbesondere diejenigen, die am Exekutivrat und an der Plenarsitzung teilnehmen, ermutigen, dies ebenfalls zu tun.

Der Verwaltungsrat wurde über den aktuellen Stand der Organisation der Europäischen Bürgerforen informiert. Er diskutierte auch die Arbeitsmethoden der Arbeitsgruppen des Plenums, an denen Vertreter der jeweiligen Panels teilnehmen werden.

Im September werden ebenfalls die ersten Sitzungen der Europäischen Bürgerpanels stattfinden.

Für weitere Informationen: [mehrsprachige digitale Plattform](#)

Legislativvorschau - Wirtschaft

08.09.2021

2021 Jährlicher Bericht über die strategische Vorausschau

14.09.2021

Neue europäische Bauhaus Kommunikation

05.10.2021

Überprüfung der Rechtsvorschriften über Eigenkapitalanforderungen

Überprüfung der Solvabilität II (Aufsichtsregeln für Versicherungen)

05.10.2021

Überprüfung der Rechtsvorschriften über Eigenkapitalanforderungen

Überprüfung der Solvabilität II (Aufsichtsregeln für Versicherungen)

19.10.2021

Arbeitsprogramm der Kommission für 2022

27.10.2021

Überprüfung der Wettbewerbspolitik
Nachhaltige Unternehmensführung

17.11.2021

Schengen-Paket

- Überarbeitung des Schengener Grenzkodex
- Vorschlag zur Modernisierung der bestehenden EU-internen Zusammenarbeit bei der Strafverfolgung durch Schaffung eines EU-Kodex für die polizeiliche Zusammenarbeit
- Digitalisierung der Visumverfahren

23.11.2021

Stärkung der Demokratie und der demokratischen Beteiligung der Bürger in Europa
Überarbeitung des Statuts und der Finanzierung der europäischen politischen Parteien und der europäischen politischen Stiftungen
Größere Transparenz bei bezahlter politischer Werbung

08.12.2021

Aktionsplan für die Sozialwirtschaft

Soziales, Bildung und Beschäftigung

Maßnahmen für eine hochwertige und integrative Grund- und Sekundarschulbildung

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine [Empfehlung des Rates zum gemischten Lernen](#) veröffentlicht, um eine qualitativ hochwertige und integrative Grund- und Sekundarschulbildung zu unterstützen. Der Begriff "Blended-Learning" in der formalen allgemeinen und beruflichen Bildung wird verwendet, um zu beschreiben, dass eine Schule, ein Lehrender oder ein Lernender mehr als einen Ansatz für den Lernprozess verwendet. Dabei kann es sich um eine Mischung aus Schulstandort und anderen physischen Umgebungen (Unternehmen, Ausbildungszentren, Fernunterricht, Außengelände, kulturelle Stätten usw.) oder um eine Mischung verschiedener Lernmittel handeln, die sowohl digital als auch nicht-digital sein können. Die [Kommission](#) schlägt kurzfristige Maßnahmen vor, um die dringendsten Lücken zu schließen, die durch die COVID-19-Pandemie verschärft wurden, sowie einen Weg für die Kombination von Lernumgebungen und -instrumenten in der allgemeinen und beruflichen Bildung der Primar- und Sekundarstufe, der zum Aufbau widerstandsfähigerer Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung beitragen kann.

Ein Schwerpunkt auf der Entwicklung eines Blended-Learning-Ansatzes in der Grund- und Sekundarschulbildung wird in den regelmäßigen Fortschrittsberichten des [Europäischen Bildungsraums](#) und im [Aktionsplan für digitale Bildung 2021-2027](#) enthalten sein.

Montag, 6. September 2021

Jugendbeschäftigung fördern

Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten sind für Fragen der Beschäftigungs- und Jugendpolitik zuständig. Im Rahmen ihrer Initiativen für ein soziales Europa hat die Europäische Union jedoch eine Reihe von Maßnahmen in Gang gebracht, die die nationale Politik der Länder ergänzen.

Die Unterstützung der EU beinhaltet Fördermittel für Ausbildungs- und Beschäftigungsprogramme für junge Menschen sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Lehrstellen und Praktika. Junge Menschen waren von der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 mit am stärksten betroffen. Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen in der EU erreichte Anfang 2013 einen Höchststand von fast 25 Prozent und lag in Griechenland und Spanien bei über 50 Prozent. 2019 war die Arbeitslosenquote auf ein Rekordtief von etwa 14 Prozent gesunken, doch durch die Coronavirus-Pandemie stieg sie erneut an und erreichte 2021 18,2 Prozent. Doch in der jüngsten Zeit gab es Anzeichen für eine Verbesserung: Die Jugendarbeitslosigkeit sank im Mai 2021 auf 17,3 Prozent gegenüber 18,2 Prozent im April.

Die [Beschäftigungsinitiative für junge Menschen](#) wurde für den Zeitraum 2021–2027 in den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) integriert. Mitgliedstaaten mit einer über dem EU-Durchschnitt liegenden Quote junger Menschen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und keine Berufsausbildung absolvieren (NEET), sollten mindestens 12,5 Prozent ihrer ESF+-Mittel für die Jugend aufwenden. „Dein erster EURES-Arbeitsplatz“ zielt darauf ab, die Arbeitskräftemobilität zu fördern, indem junge Menschen auf Jobmöglichkeiten in anderen EU-Ländern aufmerksam gemacht werden. Auf einer Plattform werden Lebensläufe junger Arbeitssuchender – im Alter von 18 bis 35 Jahren – aus allen EU-Ländern sowie aus Norwegen und Island, die an Berufserfahrung im Ausland interessiert sind, sowie Stellen- und Praktikumsangebote von Arbeitgebern, die nach jungen Arbeitnehmern suchen, zusammengebracht.

Community Nursing

Im Rahmen der europäischen Aufbau- und Resilienzfazilität (kurz RRF) werden in Österreich bis zu 150 Pilotprojekte zu Community Nursing gefördert. Dadurch wird gemeindenahe Gesundheitsförderung, Unterstützung, Beratung und Prävention für ältere, zu Hause lebende Menschen mit drohendem oder bestehendem Informations-, Beratungs-, Pflege- und/oder Unterstützungsbedarf sowie deren pflegende und betreuende Angehörige und Familien ermöglicht. Gemeinden, Städte und Sozialhilfeverbände werden dazu eingeladen, sich mit ihren Projektvorstellungen für eine Förderung zu bewerben. Eine unverbindliche Interessensbekundung kann bereits ab sofort unter seitens der [Gemeinden, Städte und Sozialhilfeverbände](#) abgegeben werden. Die Unterlagen zum Call selbst werden so bald als möglich auf www.fgoe.org veröffentlicht.

Adressaten dieses bis Ende 2024 laufenden Förderprogramms sind vor allem Gemeinden sowie Sozialhilfeverbände, die die sogenannten Community Nurses (aus der Berufsgruppe des gehobenen Gesundheits- und Krankenpflagedienstes) bei sich beschäftigen sollen – angedacht sind pro 3.000 bis 5.000 Einwohner je eine Community Nurse. Die Förderung je VZÄ kann pro Jahr bis zu 100.000 Euro (80% Personalkosten, 20% Sachkostenanteil) betragen.

„[...] Community Nursing ein wichtiger Baustein der Pflegereform,“ hält Bundesminister Dr. Wolfgang Mückstein in einen [Interview](#) fest.

Legislativvorschau – Soziales

29.09.2021

Folgemaßnahmen zum Migrationspaket:

- EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten (2021-2025)
- Überarbeitung der Richtlinie über Arbeitgebersanktionen
- Bericht über Migration: Stand der Dinge

05.10.2021

Mitteilung über die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus

10.11.2021

Mitteilung über menschenwürdige Arbeit für alle

Legale Migration - Paket zu Qualifikationen und Talenten

- Mitteilung über Qualifikationen und Talente
- Neufassung der Richtlinie 2003/109/EG über langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige
- Neufassung der Richtlinie 2011/98/EU über die kombinierte Erlaubnis

08.12.2021

Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit

Vorschlag zur Prävention und Bekämpfung spezifischer Formen geschlechtsspezifischer Gewalt

Initiative zur Ausweitung der Liste der EU-Verbrechen auf alle Formen von Hassverbrechen und Hassreden

Individuelle Lernkonten

Europäisches Konzept für Mikroanerkennungen (micro-credentials)

Gesundheit

Armut macht krank

Die Pandemie trifft arme Menschen härter. Das zeigt die Studie „Gesundheitliche und sozioökonomische Belastung durch die Covid-19-Pandemie in Wien (2021)“, die von Moritz Oberndorfer von der MedUni Wien und seinen Kolleginnen und Kollegen durchgeführt wurde. Befragt wurden gut 1.000 Personen aus Wien während eines harten Lockdowns. Laut den Ergebnissen haben sich bei einem Viertel die psychische und bei 14 Prozent die körperliche Gesundheit verschlechtert. Menschen in den untersten 20 Prozent der Einkommensverteilung hatten eine doppelt so hohe Chance, dass sich aufgrund der Pandemie die selbst eingeschätzte psychische Gesundheit verschlechtert hat – [verglichen mit den obersten 20 Prozent](#). Auch der Beruf hat einen wesentlichen Einfluss auf die Gesundheitschancen, ausschlaggebend ist dabei die Art der Beschäftigung. Bei einem Bürojob sind es vor allem psychosoziale Mechanismen, etwa wenn ein Ungleichgewicht zwischen Arbeitsaufwand und Belohnung besteht, sagt Oberndorfer.

Auf politischer und gesellschaftlicher Ebene müsste allen Berufsgruppen ein umfassender Schutz ermöglicht werden, damit Arbeitnehmer*innen gesund bleiben, sagt der Arbeitsmediziner Richard Crevenna, Leiter der Universitätsklinik für Physikalische Medizin, Rehabilitation und Arbeitsmedizin am AKH Wien, denn: *„Arbeitnehmerschutz ist Arbeitgeberpflicht.“*

Legislativvorschau – Gesundheit

14.09.2021

Europäisches Paket für die Bereitschafts- und Reaktionsplanung im Gesundheitswesen (HERA)

Umwelt und Verkehr

Wohin ist der Klimaschutz?

Österreich hätte schon seit 30 Jahren Klimaschutz betreiben sollen. Die „Missachtung“ der – völkerrechtlich verbindlichen – Kyoto-Verpflichtung hat die Steuerzahler*innen rund [400 Millionen Euro](#) gekostet. Diese Versäumnisse führen dazu, dass nun die stärkere Reduktionsmaßnahmen eingeführt werden müssen, um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Ansonsten drohen Strafzahlungen in [Milliardenhöhe](#).

Das [Umweltbundesamt](#) hat errechnet, dass der vollständige Umstieg auf Elektroautos nicht ausreicht, um die Klimaziele zu erreichen. Vielmehr muss das Mobilitätsverhalten grundlegend geändert werden; also weg vom PKW und hin zum öffentlichen Verkehr und Rad. Die größeren Hindernisse sind Gewohnheiten, Bequemlichkeiten, eine strenge Raumplanung, fehlende Öffi-Verbindungen und mangelnde Infrastruktur für den Fuß- und Radverkehr. Bei den ersten beiden Faktoren könnte man mit sogenannten „Push“-Maßnahmen (z. B. Tempolimits, Fahrverbote in Gebieten mit gutem Öffi-Angebot) ansetzen. Gleichzeitig müssen auch jene 20 Prozent der Bevölkerung, die bislang von einer Öffi-Anbindung abgeschnitten sind, eine umfassende Mobilitätsgarantie erhalten. Besonderes Augenmerk ist dabei auf die sogenannte „letzte Meile“ zu legen, denn hier fällt oft die Entscheidung für den PKW. Jeder Euro, der in den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs investiert wird, erspart ein Mehrfaches an Auto- und Umweltkosten.

Heinz Högelsberger, einer der Experte für Umwelt- und Klimapolitik bei [Arbeiterkammer](#) erklärt: *„Die Menschen waren auch vor 50 Jahren mobil und wohnten in beheizbaren Wohnungen und Häusern; und nicht in zugigen Höhlen. Durch [gerechtere Verteilung](#) und Effizienzsteigerungen könnte auch mit diesem Energiebudget ein gutes Leben für alle möglich sein.“*

Bürgerinitiative „ReturnthePlastics“

Die Europäische Bürgerinitiative „ReturnthePlastics“ dient der Einführung eines EU-weiten Pfandsystems für das Recycling von Kunststoffflaschen. Die Organisatoren der Initiative fordern die Kommission auf, einen Vorschlag vorzulegen, um

- ein EU-weites Pfandsystems für das Recycling von Kunststoffflaschen einzuführen,
- Anreize zu schaffen, damit alle EU-Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass Supermärkte (bzw. Supermarktketten), die Plastikflaschen verkaufen, Leergutautomaten für das Recycling von Kunststoffflaschen aufstellen, und
- eine Kunststoffabgabe für das Recycling- und Pfandsystem der Flaschen durch die Hersteller*innen (im Einklang mit dem Verursacherprinzip) einzurichten.

Nach Auffassung der Kommission erfüllt die Initiative die erforderlichen Voraussetzungen und ist somit rechtlich zulässig.

- [ReturnthePlastics: Einführung eines EU-weiten Pfandsystems für das Recycling von Kunststoffflaschen](#)
- [Europäische Bürgerinitiativen, für die derzeit Unterschriften gesammelt werden](#)
- [Forum zur Europäischen Bürgerinitiative](#)
- [Kampagne #EUTakeTheInitiative](#)

Legislativvorschau - Umwelt und Verkehr

In dieser Ausgabe sind keine voraussichtlichen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Umwelt und Verkehr enthalten.

Krisenvorsorge und Risikobewusstsein

Blackout-Vorsorge

In den vergangenen Monaten ist das Thema Blackout-Vorsorge in Österreich häufiger in den Medien thematisiert worden, u.a. in Folge der [Großstörung am 8. Januar](#). So hat etwa auch das Österreichische Bundesheer erneut vor einem Blackout binnen der nächsten fünf Jahre in der [Sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2021](#) gewarnt.

Dennoch nehmen die [Blackout-Vorsorgeaktivitäten in Österreich](#) deutlich zu, auch wenn es dabei immer wieder zu ernüchternden Ergebnissen kommt. Siehe etwa eine oberösterreichische Erhebung: Ohne ausreichend Strom geht uns das Wasser aus. ohne Wasserversorgung ist kaum eine Krisenbewältigung möglich! Umso erstaunlicher ist, dass ein Wasserversorger einer deutschen Millionenstadt meint: *"Im Falle eines flächendeckenden Stromausfalls und dem damit einhergehenden Ausfall der leitungsgebundenen Trinkwasserversorgung, fällt die Aufgabe der Trinkwasserversorgung in die Zuständigkeit der Innenbehörde. Die Trinkwassernotversorgung der Bevölkerung erfolgt dann über Notbrunnen."*

Besonders erfreulich ist, dass nun der [Oberösterreichische und Niederösterreichische Landtag](#) noch vor der Sommerpause einen Allparteienbeschluss gefasst hat, das Thema Blackout-Vorsorge konkreter und auf allen Ebenen angehen zu wollen. Derzeit laufen mehrere Vorbereitungen seitens der [Österreichischen Gesellschaft für Krisenvorsorge \(GfKV\)](#), um Österreich krisenfit zu machen. Unter anderem findet die Finalisierung der Blackout-Simulation „[Neustart](#)“ für Gemeinden und Krisenstäbe, die ab Spätherbst verfügbar sein wird, statt.

Nationale Kampagne: Mach mit! Österreich wird krisenfit!

Die Österreichische Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV) wie auch das Österreichische Bundesheer (ÖBH) rechnen mit einem [europaweiten Strom-](#), Infrastruktur- sowie Versorgungsausfall („Blackout“) binnen der nächsten fünf Jahre. In Folge sind schwerwiegende und länger anhaltende Lieferketten- und Versorgungsunterbrechungen zu erwarten. Ohne Strom und Telekommunikation funktionieren weder Supermarktkassen noch Zapfsäulen, weder eine Produktions- noch eine Logistikkette. Der Wiederanlauf wird sich durch zahlreiche internationale Abhängigkeiten als schwierig und zeitaufwändig erweisen. Fehlen Einzelkomponenten, etwa Teile der Verpackung, funktioniert die gesamte Kette nicht und Produkte können nicht oder nur eingeschränkt ausgeliefert werden. „Mach mit! Österreich wird krisenfit!“

Montag, 6. September 2021

Mit dieser Dachmarke wird ein breiter Rahmen geschaffen, in dem sich viele unterschiedliche Aktivitäten wiederfinden: [Blackout-Vorsorge](#), aber auch andere Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz und Anpassungsfähigkeit.

Der Slogan kann je nach Absender oder Thema angepasst werden:

- Mach mit! Unternehmen X wird krisenfit!
- Mach mit! Gemeinde X wird krisenfit!
- Mach mit! Meine Familie wird krisenfit!

Bisher konnten bereits der Österreichische Städtebund (ÖStB) sowie der Handelsverband als Unterstützer gewonnen werden. Die ehemalige Außenministerin und EU-Kommissarin, Dr. Benita Ferrero-Waldner, hat sich als Schirmherrin zur Verfügung gestellt. Zudem gibt es bereits von den meisten Lebensmittelketten eine Zusage, diese Initiative unterstützen zu wollen.

Legislativvorschau – Digital

14.09.2021

Politisches Programm zum digitalen Jahrzehnt in Europa

13.10.2021

Fahrplan für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien
Mitteilung zur Konnektivität

27.10.2021

Supervisory Data Strategy

- Vorschlag für eine Richtlinie/Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen einheitlichen europäischen Zugangspunkt für finanzielle und nichtfinanzielle Informationen die von Unternehmen veröffentlicht werden (ESAP)
- Überarbeitung des ELTIF-Rahmens (Europäischer langfristiger Investmentfonds)
- Überarbeitung der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMD)

01.12.2021

Data Act

Paket "Sicherheit und Justiz in der digitalen Welt" (Titel noch nicht festgelegt)

- Digitaler Informationsaustausch über grenzüberschreitende Terrorismusfälle
- Plattform für die Zusammenarbeit gemeinsamer Ermittlungsgruppen
- Digitalisierung der grenzüberschreitenden justiziellen Zusammenarbeit
- Gesetzgebung zur wirksamen Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs im Internet

Energie

Equality in the energy sector – call to Action

Die Europäische Kommission hat einen Aufruf an die Akteure des Energiesektors gerichtet, die daran interessiert sind, einer [neuen Plattform für Gleichberechtigung im Energiesektor](#) beizutreten.

Ein integratives und vielfältiges Umfeld, das das volle Potenzial eines breiten Spektrums von Akteuren und Einzelpersonen fördert, ist von zentraler Bedeutung für die Verwirklichung der von der EU angestrebten sauberen Energiewende. Die [Europäische Kommission](#) ruft Organisationen, Regierungen, den Privatsektor, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft auf, sich der Gleichstellungsplattform für den Energiesektor anzuschließen, die im Oktober 2021 eingerichtet werden soll.

Mit dieser Plattform möchte die Kommission die Akteure des Energiesektors in ihrem Engagement für die Gleichstellung zusammenbringen und ein Forum für die Diskussion und den Austausch bewährter Verfahren für vielfältige und integrative Arbeitsplätze bieten. Dieses Engagement bezieht sich auf alle Aspekte der Gleichstellung und Integration, wie z. B. Geschlecht, ethnische Herkunft, Alter, Behinderung, sexuelle Ausrichtung oder Religion und Weltanschauung.

Die Registrierung für die EUSEW beginnt am **7. September 2021**.

Um Mitglied zu werden, sollten Bewerber eine E-Mail an ENER-EQUALITY@ec.europa.eu senden. Der Betreff der E-Mail sollte lauten: "**Equality platform - reply to the call to action**". Der Hauptteil der E-Mail sollte eine Beschreibung der Maßnahmen enthalten, die zur Förderung der Gleichstellung in den Aktivitäten der Organisation durchgeführt werden. Zur Erleichterung der Diskussionen und des Austauschs wird vorgeschlagen, Englisch zu verwenden, aber eine maschinelle Übersetzung in alle offiziellen EU-Sprachen ist möglich. Es sollen insbesondere Informationen beigefügt werden, die zeigen, dass diese Maßnahmen SMART sind - spezifisch, messbar, erreichbar, realistisch und zeitgebunden.

Legislativvorschau – Energie

In dieser Ausgabe sind keine voraussichtlichen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Energie enthalten.

IMPRESSUM:

Verband kommunaler Unternehmen Österreichs
Geschäftsführung: MMag. Heidrun Maier-de Kruijff

Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien
Telefon: +43-1-4082204
E-Mail: sekretariat@vkoe.at
Web: www.vkoe.at